

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regierungspolitik – ein schwieriges Geschäft

Die Debatte der eidgenössischen Räte über die «Richtlinien zur Regierungspolitik» für die Legislaturperiode 1983—87 hat im Bundeshaus wie in der Öffentlichkeit zwiespältige Gefühle ausgelöst oder wieder aufleben lassen. Denn die Unsicherheit über Sinn und Zweck dieses Führungsinstruments besteht im Grunde seit dessen Einführung Ende der sechziger Jahre. Auf dem Hintergrund unseres Systems der vielfältigen Machtbrechung bleibt im Grunde wenig Raum für eine wirklich profilierte Programmpolitik. Die föderalistische Struktur, die Abstimmungsdemokratie und das Kollegialsystem mit seiner «Zauberformel»-Regierung haben Kompromiss und Konkordanz zum Leitmotiv des politischen Alltags werden lassen.

So können die «Richtlinien» im Grunde gar nichts anderes sein als eine mehr oder weniger strukturierte Inventarisierung der hängigen Regierungsgeschäfte und der im Moment der Berichterstattung sichtbaren aktuellen Probleme, die im Lauf der Legislaturperiode lösungs- und entscheidungsreif werden könnten. Und da die Abtragung dieser Pendenzenliste vom Bundesrat weder im zeitlichen Ablauf noch im politischen Gehalt auch nur annähernd abschliessend programmiert werden kann, werden die «Richtlinien» im Geschäftsverkehrsgesetz folgerichtig ausdrücklich

als nicht verbindliches Instrument der politischen Planung definiert, von dem das Parlament seinerseits denn auch nur «Kenntnis nehmen» kann.

Damit bewegt sich auch die jeweilige Parlamentsdebatte in einer merkwürdigen Zwischenlage: Einerseits stellt sie praktisch die einzige Gelegenheit dar, unter der Bundeskuppel über die langfristigen Perspektiven der schweizerischen Politik zu diskutieren. Andererseits fehlt dieser Diskussion jede Verbindlichkeit; und dies ist für die pragmatischen eidgenössischen Volksvertreter eine schlechte Vorgabe für eine vertiefte Auseinandersetzung. So kommt es jeweils kaum zu einer echten Debatte, d. h. zu einer eigentlichen Konfrontation. Es bleibt im wesentlichen bei einer langen Kette von Monologen, und zwar in einer Ambiance, die nicht zu Unrecht das Wort von der eher lustlosen «Pflichtübung» hat aufkommen lassen.

In nächster Zeit wird die einschlägige Kommission des Nationalrats darüber beraten, wie weit die gegenwärtige Praxis der «Richtlinien»-Politik verbessert werden könnte. Nachdem bereits seit den sechziger Jahren an diesem Problem herumlaboriert wird, sollte man die Erwartungen allerdings nicht zu hoch schrauben. Am wirkungsvollsten wäre wohl die weitere Konkretisierung eines Ansatzes der diesjährigen Debatte, der darauf ab-

zielt, die Zahl der Legislaturgeschäfte möglichst knapp zu halten und diese Frage zu einem zentralen Thema der Richtliniendebatte zu machen.

Es besteht – jedenfalls in diesem Sommer 1984 – von links bis rechts ein voller Konsens darüber, dass der politische Geschäftsablauf zu hektisch geworden ist, dass zu viele Vorlagen pendent sind und dass dadurch die parlamentarischen Mühlen fortlaufend überfordert werden. Dies liesse sich doch wohl am ehesten dadurch ändern, dass Bundesrat und Parlament jeweils zu Beginn der Legislatur in gemeinsamer Verantwortung eine Sichtung der Aufgaben vornehmen und damit der chronischen Überlastung Einhalt gebieten würden.

Lässt man den Dingen weiterhin einfach den Lauf, so wird der Bundesrat behandlungsreife Vorlagen nach wie vor weitgehend unbesehen ins Parlament weitergeben, das nicht im Stande ist, seinerseits eine Triage vorzunehmen und einen Teil der Geschäfte einfach aufs Eis zu legen – und zwar ganz einfach deshalb, weil es

sich sonst den Ruf der Willkür und der mangelnden Speditivität von seiten jener wechselnden Kreise einhandeln würde, die jeweils an der raschen Abfertigung einzelner Vorlagen besonders interessiert sind.

Wenn dem Bundesrat im übrigen der Vorwurf gemacht worden ist, er habe keine Visionen, so stellt sich die Gegenfrage, wozu das denn überhaupt führen könnte, wenn die Regierung in Klausur ginge, um auszudiskutieren, wie die Schweiz in fünf oder zehn Jahren auszusehen habe. Ganz abgesehen vom sachlichen Resultat und seiner politischen Durchsetzbarkeit wären Parteien wie Öffentlichkeit wohl sofort mit dem Vorwurf zur Hand, der Bundesrat wolle das Volk bevormunden. Sicherlich kommen wir nicht ohne langfristige Perspektiven und Visionen aus. Doch ist deren Entwicklung wohl weit eher Aufgabe der politischen Parteien und weiterer gesellschaftlicher Kräfte als der vom Parlament gewählten obersten Vollzugsbehörde.

Richard Reich

Ein Steuermann verlässt die Kommandobrücke

Auf Ende des Jahres wird Dr. Fritz Leutwiler, seit 1974 Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, das Steuer der Notenbankpolitik andern Händen übergeben. Zehn Jahre hat er den Kurs der Notenbank bestimmt; und er hat diese Aufgabe mit *Sachkenntnis* und *Konsequenz* erfüllt. Die Notenbankpolitik war unter seiner Stabführung be-

rechenbar. Fritz Leutwilers Handschrift war darüber hinaus auch deutlich in der internationalen Währungspolitik zu erkennen. Er verstand sich auf diesem Gebiet eine Autorität zu verschaffen wie kaum ein anderer Notenbankpräsident der Schweiz vor ihm. Vielleicht ist ihm dabei die «Gunst der Zeit» zu Hilfe gekommen, nämlich eine Entwicklung des Welt-

währungssystem und der internationalen Währungspolitik, die intensive zwischenstaatliche Kontakte und koordiniertes Vorgehen absolut notwendig machte.

Die schweizerische Wirtschaft ist mit Leutwiler gut gefahren. Und sie ist mit ihm nicht zuletzt deshalb gut gefahren, weil die Gesetzgebung die Position des Notenbankpräsidenten mit sehr weitgehender *Autonomie* ausgestattet hat. Es ist für das Schicksal der Währung eines Landes ausserordentlich wichtig, dass die Notenbank unabhängig bleibt, dass sie nicht in den Sog der Politik gerät und dass ihre Manager nicht aus Gründen der Konkordanzraison selektioniert werden. Bei der Notenbank spielt Kompetenz

und Unabhängigkeit eine entscheidende Rolle. Es könnte verhängnisvoll werden, wenn sich die schwere Hand der Konkordanzdemokratie auch der Notenbank bemächtigen würde. Fehler in der Geld- und Kreditpolitik führen in aller Regel zu sehr hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten.

Der Bundesrat wäre jedenfalls gut beraten, wenn er durch die Ernennung eines überzeugenden Nachfolgers von Fritz Leutwiler die Kontinuität in der Notenbankpolitik sicherstellen würde. Und er sollte zudem ein unmissverständliches Zeichen setzen, dass das Direktorium kein Tummelplatz ist, auf dem sich der Parteienproporz austoben kann.

Willy Linder

Zehn «Eurowahlen» statt einer

Vor fünf Jahren, bei der ersten Direktwahl eines europäischen Parlaments, spielten Aufgaben und Strukturen der Europäischen Gemeinschaft eine Rolle. Das zeigte sich insbesondere in Frankreich, wo die gemeinsam regierenden Gaullisten (Jacques Chirac) und Liberalen für jeweilig verschiedene, ja entgegengesetzte Thesen einstanden – und Chiracs Sammelpartei arg zurückfiel. Sie und die Kommunistische Partei kämpften im Namen der nationalen Souveränität gegen jede Ausweitung der gemeinschaftlichen Kompetenzen.

Dank der von Simone Veil geführten Liste der beiden grossen Oppositionsgruppen trat jetzt dieser Gegensatz in den Schatten; es ging nur noch

um ein innenpolitisches Kräfteressen. «Europa» war nicht das Thema, kaum der Vorwand.

Es genügt, Rang und Zahl führender Politiker, die sich für das europäische Parlament zur Verfügung stellen, zu vergleichen – damals, 1979, galt Strassburg als eine Tribüne für Staatsmänner, diesmal kaum. Das europäische Parlament ist keine «Arena», seine oft kennenswerten Debatten finden kein Echo in den Medien. Eine Veröffentlichung, die der Arbeit des Strassburger Parlaments und anderen Fragen der EG gewidmet wäre und die gleichzeitig in den Sprachen der Zehn verbreitet würde, gibt es nicht.

Wenn sich die Briten besonders

durch Stimmenthaltung hervorgerufen haben, so ist das nicht unbedingt Abwendung von Europa, sondern die Reaktion eines Volkes, das weiss, was ein echtes Parlament ist – und was nicht.

Es war also diesmal ein zehnfaches Kräftemessen im nationalen Rahmen, die Ergebnisse sind ausschliesslich im Sinn der jeweiligen Innenpolitik gedeutet worden: der Höhenflug der italienischen Kommunisten, die die Christdemokraten diesmal überholt haben – «Il sorpasso» –, der Absturz der französischen Kommunisten, deren Generalsekretär Georges Marchais auf Grund von optimistisch stimmenden Meinungsumfragen bereits eine grössere Zahl von Ministern seiner Partei gebieterisch beansprucht hatte.

Diese Wahl fand nicht, wie vor fünf Jahren noch erwartet wurde, nach gemeinsamem Modus statt – die Briten lehnten auch für die Europawahl den Proporz ab, die zwanzig Prozent Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen erbrachten keinen einzigen Sitz in Strassburg. Daher sind die britischen Europa-Abgeordneten weniger ein Ausdruck der Wählermeinung, als das für die anderen Neun der Fall ist – ein böser Makel. Auch die verheissene Möglichkeit für Politiker jenseits der Grenzen ihres Staates gewählt zu werden, wurde nicht mehr diskutiert. Zweifach ist also die eigentliche Europäisierung der Europawahl ausgeblieben.

Ging es um innenpolitische Weichenstellungen, so war es nicht nur ein Kräftemessen – Bestätigung oder Schwächung der Regierungsparteien –, sondern ein Anlass zu gefahrlosem Protest, der Unzufriedenheit aus-

drückte, ohne die Folgen tragen zu müssen.

Aufstieg der Marginalen

Ludwig Hohl sprach von den «her-einbrechenden Rändern». Das darf diesmal auf die Politik übertragen werden. Zwischen dem Aufstieg des «*Front National*» in Frankreich bis zu über elf Prozent und dem ersten nationweiten Erfolg der Grünen in der Bundesrepublik – die mitregierende FDP verschwand völlig, hatte aber schon 1979 weniger Wähler mobilisiert als die Grünen diesmal. Zwischen der Partei des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen und den Grünen links von der Sozialdemokratie gibt es weltanschaulich keine Gemeinsamkeit, von der Situation aus gibt es jedoch eine solche: sie waren beide marginal und sind jetzt nach ihrem Aufstieg schwer in die Parteienlandschaft integrierbar, ihre unerwartete Stärke hat das ganze Manöverfeld verändert.

Für die grossen bürgerlichen Parteien galt die einzige Vereinbarung mit dem *Front National* in einer Gemeindewahl bereits als ein Sündenfall. Die deutschen Sozialdemokraten versuchen es in Hessen mit den Grünen, doch reicht hier die Inkompatibilität noch tiefer. Die Sozialdemokratie kann ohne die Grünen nicht wieder zur Regierungspartei werden – es sei denn durch die «grosse Koalition», die Franz Josef Strauss gerne sähe, die aber der Linkstrift der Basis der SPD zunächst ausschliesst; Frankreichs bürgerliche Opposition hätte ohne Le Pen keine Mehrheit. Daher wächst auf beiden Seiten die Tendenz, es mit den unheimlichen neuen Kräften doch zu versuchen.

«Die Ideen, für die ich eintrete? Die eurigen», war Le Pens Slogan, der zu Unrecht belächelt wurde. Namentlich in Südfrankreich, etwa in der Hochburg der Sozialisten, Marseille, hat Le Pen bis zu einem Viertel der Wähler gewonnen. Mehr als ein Viertel seiner Wähler wiederum hatte in der Präsidentschaftswahl noch für Mitterrand gestimmt. In Le Pens Erfolg nur die Radikalisierung einer «sich entlarvenden» faschistoiden Rechten zu sehen, wäre sinnlos. Der breite Protest gegen die schleichende Verstaatlichung der Privatschulen ist nur zum Teil konfessionell bestimmt – schon aus Gründen der Sprache und Vorbildung sind Schulklassen ohne afrikanische Arbeiterkinder den Eltern ein Opfer wert. Liberale Grossbürger tadeln das, in deren Wohnrevieren sich jedoch das Problem gar nicht stellt. Das alles gehört zum Erfolg Le Pens.

Protest-Wahl

In Frankreich erlebte die Linke ein Debakel; in Grossbritannien, in der Bundesrepublik wurden die bürgerlichen Regierungsparteien immerhin gebeutelt. Wenn in Frankreich die Opposition dennoch nicht regierungsfähig scheint, so trägt die von Simone Veil durchgesetzte gemeinsame Liste einige Schuld. Der Rechten wie den katholischen Integristen ist Simone Veil zutiefst verhasst nach dem von ihr vertretenen Gesetz der Fristenregelung, das mit der Hälfte der Regierungsstimmen und allen Stimmen der Linken durchgebracht wurde. Ohne sie hätte Chirac mehr auf der Rechten eingeheimst, sie selber wiederum als Liberale mehr auf der Linken. Wieder einmal ist Frankreich ein Sonderfall.

Die italienischen Kommunisten haben Enrico Berlinguers Tod als Chance genutzt. Vatikan, Staatspräsident und die Politiker aller Parteien bis zu Admirante auf der äussersten Rechten haben den verstorbenen Generalsekretär als Inbegriff aller Tugenden gerühmt und damit jedwede begründete Sorge, was ein Machtzuwachs der KPI bedeuten kann, für die Wähler irrelevant gemacht. Die Stimmen wurden abgegeben wie Blumen zur «*festività luttuosa*».

Das Strassburger Parlament mag sich einen dynamischen Präsidenten geben, dennoch bleiben seine Befugnisse kümmerlich. Liegt es daran, dass hinter diesem Parlament kein ungeduldig drängendes «europäisches Volk» steht, das schon in der Rhetorik der Europäisten aufgetaucht ist, aber nicht in der Landschaft?

Kein Drang, aber Bereitschaft

Die haltbare amerikanische Bundesverfassung war nicht durch ein Drängen breiter Massen entstanden, sondern unter Gleichgültigkeit der meisten und im Kampf zwischen Vertretern und Gegnern der Bundesstaatlichkeit – artikulierte Minderheiten. Wenn die Bürger der Zehnergemeinschaft bereit sind, gemeinsame Institutionen anzunehmen, genügt das, auch wenn diese Bereitschaft nicht ein »Sturm und Drang« ist, der niemals zu erwarten war.

Die Umfragen haben diese mindestens passive Bereitschaft erkennen lassen, insbesondere in den Staaten des ursprünglichen «Kerneuropa» der Sechs. Die jüngste im Auftrag von *L'Expansion* durchgeführte Umfrage der SOFRES – in dieser Pariser

Zeitschrift im Mai erschienen – ist aufschlussreich. Wären die Befragten bereit, an der Spitze einer europäischen Regierung einen Ausländer zu dulden? 69 Prozent der Franzosen würden einen deutschen Regierungschef annehmen, auch einen aus der Bundesrepublik stammenden Wirtschaftsminister und mit 54 Prozent sogar einen deutschen Landwirtschaftsminister. Die Deutschen würden zu 51 Prozent einen französischen Regierungschef annehmen, nicht aber – wer wird es ihnen verdenken? – einen französischen Wirtschaftsminister.

Allerdings wurde die Frage, ob die Wähler materielle Opfer für ein geeintes Europa bringen würden – mehr Steuern, höhere Preise – mit «Nein» beantwortet. Es geht also weniger um die nationale Souveränität als um die Interessen. Da die EG stets als vorteilhafte Interessengemeinschaft propagiert wird, kann diese mangelnde Bereitschaft nicht überraschen. Die europäische Sicherheit war in dieser Umfrage kein Thema; sie beschäftigt aber die Europäer nicht weniger als der Wohlstand.

Im Strassburger Parlament gab es schon vor der Direktwahl übernationale Fraktionen, geschlossen die Christdemokraten, die Liberalen, teilweise die Sozialisten. Einzig die Kommunisten, deren Hymne die «Internationale» ist, pflegen keine Gemeinschaft. Die Italiener sind für, die Franzosen gegen den Ausbau der Gemeinschaft; Georges Marchais ist stolz auf diesen auftrumpfenden Nationalismus, der – seltsamer Zufall! – mit den sowjetischen Wünschen völlig übereinstimmt. Die Fraktionsgemeinschaft der Mehrheitsgruppen hat je-

doch bisher keine Impulse in die jeweilige nationale Politik getragen.

Relative Schwächung

Es ist schwerer geworden, von Europa als dem Bereich aller Möglichkeiten und Fortschritte als der grossen Hoffnung zu sprechen im Sinn: wenn wir uns nur zusammentun, sind wir zahlreicher und stärker als jede der beiden Supermächte.

In seiner stets beachtenswerten Chronik in «*L'Europe en formation*», Paris, führt Jean-Pierre Gouzy aus: in diesen Jahren haben die USA hundertmal mehr neue Arbeitsplätze geschaffen als die EG. Die Inflation der Zehn erreicht 7,3 Prozent verglichen mit 3,2 Prozent in den USA und 1,9 Prozent in Japan. Die schnell gestiegene Proportion der über 65jährigen in der EG stellt den nirgends so wie hier ausgebildeten Sozialstaat vor immer unlösbarere Probleme. Europas Ausgangsposition verschlechtert sich im Vergleich mit den USA und Japan. Selbst der volle Zusammenschluss kann noch kein Einholen oder Überholen garantieren.

Die einst von Willy Brandt vorgeschlagene Abstufung eines Europas in mehreren «Gängen» gilt als Weg, um wenigstens ein Kerneuropa weiterzubringen, das seinen Fortschritt nicht von den Angleichungschancen etwa Griechenlands diktieren liesse. Die These wurde unlängst auch im «Europa-Archiv» vertreten. Doch selbst dieser scheinbare Realismus trägt utopische Züge. In Wirklichkeit schliessen jetzt einzelne EG-Staaten Wirtschaftsabkommen bis zu gemeinsamen Unternehmen mit den jeweils brauchbarsten Partnern ab, und mehr ausserhalb als

innerhalb der Gemeinschaft. Die EG-Disziplin zu lockern und diese Konsequenz gleichzeitig zu verbieten, geht nicht an.

Solche und andere europäische Probleme kamen bei den Europawahlen gar nicht vor. Dass blosse Wirtschaftsargumente die EG nicht weiterbringen, hat Beate Kohler in der Zeitschrift «*Aus Politik und Zeitgeschichte*» (Beilage von «*Das Parlament*», Bonn, vom 9. Juni 1984 überzeugend nachgewiesen. Ihre Schlussfolgerung: «Eine europäische Gemeinschaft ist höchst

zeitgemäss. EG und EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit, F. B.) in ihrer gegenwärtigen Verfassung sind es nicht.»

Nun fragt sich, ob die Strassburger Gewählten unter dem Druck der Notwendigkeiten Impulse geben können, die über den diffusen Auftrag ihrer Wähler hinausgehen. Wenn das nicht geschieht, war die Rede vom erreichten «*point of no return*» der Gemeinschaft nur Geschwätz.

François Bondy

